

Die Kunst des „Miteinander- sprechens“

Eine sprechwissenschaftliche Perspektive

SUSANNE VOIGT-ZIMMERMANN

Geboren 1967 in Bernburg (Saale),
Sprecherin der Abteilung Sprechwissen-
schaft und Phonetik, Institut für Musik,
Medien- und Sprechwissenschaften,
Philosophische Fakultät II der Martin-
Luther-Universität Halle-Wittenberg.

JUDITH PIETSCHMANN

Geboren 1978 in Berlin, Abteilung
Sprechwissenschaft und Phonetik,
Institut für Musik, Medien- und
Sprechwissenschaften, Philosophische
Fakultät II der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg.

Nach wie vor – selbst unter den Bedingun-
gen einer Pandemie – gilt, dass gesellschaft-
liches und soziales Miteinander kommuni-
kativ ausgehandelt werden. Insbesondere
Politik realisiert sich demokratisch, also über
das Recht der Mitsprache. Denn im Dialog
unter und mit den Bürgerinnen und Bür-
gern wird mittels politischer Kommunika-
tion gesellschaftliche Wirklichkeit, das heißt
das Miteinanderleben im Heute und in der
Zukunft, gestaltet.

Doch nicht nur politische, son-
dern auch gesellschaftliche Diskurse schei-
tern und polarisieren zunehmend. Das

Gemeinsame nicht nur der Sprache und der Sache scheint zu fehlen, sondern auch in der Art und Weise des gemeinsamen Sprechens. Klassische, öffentliche Räume diskursiven Miteinanders scheinen zudem kaum noch effektiv genutzt zu werden; es florieren vielmehr anonyme („geschützte“), geschlossene („sichere“), unmoderierte („als frei von Bevormundung verstandene“) und eher homogen („ohne Widerspruch“) besetzte Kommunikationsformen in den sozialen Medien.

Durch die Art und Weise, wie wir miteinander reden beziehungsweise sprechen, tragen wir alle eine immense Verantwortung dafür, wie wir miteinander leben (werden). Doch „Empörung(sgesten)“ (Detering 2018) über die aktuelle Debattenkultur allein reichen nicht aus. Es müssen Antworten auf die für das künftige soziale Zusammenleben mehr als brennenden Fragen gefunden werden: Gibt es noch einen gesellschaftlich allgemein akzeptierten Anstand in der politischen Debatte? Wie und wodurch wird er definiert, und wie kann er vermittelt werden? Wie gelingt es (wieder), in einen echten mündlichen Dialog zu kommen? Wie gelingt es, ihn trotz kontroversen Gesprächsverlaufs aufrechtzuerhalten? Wird es gelingen, selbst kontroverse Argumente in geschützten Räumen gemeinschaftlich zu verhandeln? Welche kommunikativen Begegnungsräume stehen zur Verfügung, um miteinander in einer echten Face-to-Face-Situation ins Gespräch zu kommen? Woran erkenne ich destruktives Miteinandersprechen? Wie reagiere ich darauf? Welches sind bewusst beeinflussbare Merkmale des eigenen Sprechens?

Dies sind Fragen, derer sich insbesondere die Sprechwissenschaft annimmt und annehmen muss. Denn wenn es nicht gelingen sollte, a) in einen echten, das heißt auch mündlichen Dialog zu kommen, b) durch den bewussten und verantwortungsvollen Einsatz deeskalierender sprecherischer Mittel wieder wertschätzend miteinander umzugehen und c) trotz vorliegender Meinungsverschiedenheiten gemeinsam einen tragfähigen Konsens zu finden, steht die Gefahr eines Abgleitens in autoritäre Verhältnisse im Raum. Das Hauptmerkmal der Diktatur ist die verbale Indoktrination, die sich zudem rigoros einer Diskussion entzieht.

„VERHEXUNG DES POLITISCHEN DISKURSES“

Schon früher verliefen die parlamentarisch geführten Dialoge nicht immer „fein“. Berühmt-berüchtigt sind die Wortgefechte zwischen Herbert Wehner und Franz Josef Strauß. Aus heutiger Perspektive klingen ihre Dialoge gleichwohl wie ein Echo der Vergangenheit: laut, mit vielen dynamischen Akzenten, stakkatohaft, überartikuliert, ohne Pausen, die ja Einspruch ermöglichen würden. Noch vor wenigen Jahren erschienen solche oder ähnlich martialisch und patriarchal klingenden Töne kaum mehr möglich. Sie schienen eigentlich

überwunden; wissen doch gerade die Deutschen um die Gefahren demagogischer Rhetorik einerseits und die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Diskurses als Aushandlungsprozess des Zusammenlebens andererseits. Auch aktuell entgleisen politische Debatten nicht nur inhaltlich-argumentativ wieder auf diese unerträgliche Art und Weise und mit dem eigentlich als überwunden geglaubten „Keine Diskussion!“- beziehungsweise „Basta“-Habitus. Der politische Gegner wird wieder und unverhohlener als je zuvor mit lauter Stimme überbrüllt, totgeschrien, erniedrigt und auf das Heftigste psychisch und physisch verletzt – als gäbe es kein Morgen!

Die Grenzen des Sagbaren und des Konsensfähigen verschieben sich rasant (Pörksen 2019). Wenn Aufmerksamkeit nur durch verbale Entgleisungen erheischt werden kann und sie offenkundig das letzte Mittel der „rhetorischen“ Wahl sind, offenbart dies nicht nur Unanständigkeit, fehlenden Takt und schlechte Erziehung. Vielmehr geben derart kommunizierende Menschen durch die Wortwahl, den Satzbau, durch Stimmklang und Stimmführung detailliert Auskunft über sich selbst. Und nicht zuletzt zeigt sich das Eingeständnis, keine anderen kommunikativen Mittel zu kennen oder zu beherrschen, um politische Macht zu erringen, zum Beispiel durch zwar überzeugende, engagiert und doch situativ angemessen vorgetragene Argumente. Der Literaturwissenschaftler Heinrich Detering spricht in diesem Zusammenhang von einer „Verhexung des politischen Diskurses“ (2018, 17), die zu einer aufgeheizten politischen Debatte führe. „Vergiftung“ ist der vermutlich passendere Begriff. Das Ergebnis von kalkulierter, also durchaus politisch diskursiver Provokation (im Sinne einer bewusst auf Eskalation angelegten Kommunikation) ist Sprachlosigkeit, eine Art funktioneller Aphasie.

FAKTISCH CONTRA APPELLATIV

Henning Lobin konstatiert aktuell das Fehlen einer „gemeinsamen Sprache“ (2019, 36), einen Umstand, der einer partikularisierten Gesellschaft immanent ist. Denn Teilöffentlichkeiten befördern die Herausbildung eigener Sprach- und Kommunikationsformen, insbesondere auch eigener Sprechweisen, womit unter anderem der Sprechduktus gemeint ist. Diese Kommunikationsräume sind dabei freilich Segen und Fluch zugleich, denn sie befördern einerseits die von allen Seiten gewünschte kommunikative Teilhabe mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und erlauben doch andererseits die bereits benannte, oftmals unwidersprochene Grenzverschiebung hin zum bisher eigentlich Unsagbaren. Und wir wissen: Zunehmend häufig unwidersprochen ausgesprochene Unwahrheiten werden irgendwann als faktisch bewiesen akzeptiert.

Politisches (Miteinander-)Sprechen, so scheint es, bewegt sich zunehmend zwischen Bedeutungslosigkeit, Inhaltsarmut und Phraseologismen auf

der einen und extremen Protestpositionen und ihren sprachlich-kommunikativen Auswüchsen auf der anderen Seite. Beides verbindet sich nicht mit den Bestimmungsmerkmalen von Gesprächsfähigkeit: Konfliktfähigkeit, Verantwortungsfähigkeit und Reflexionsfähigkeit (vgl. Geißner 2000, 125). Verantwortungsvolle, kritikfähige und reflektierte politische Kommunikation ist zunächst immer kein Sprechen *zu* anderen, sondern ein Sprechen *mit* anderen.

Es ist zu beobachten, dass Inhalte, zu denen das Faktische zählt, zunehmend unwichtig oder sogar ins „Unfaktische“ verkehrt werden, übrigens auch ohne Scham vor dem überwiegenden Teil der Gesellschaft, einer bis dato funktionierenden regulativen Größe vergangener Jahrzehnte. Vielmehr wird mittels Ausnutzung peripherer Routen der Oberflächenverarbeitung, das heißt kognitiv eher unaufwendig, lediglich Aufmerksamkeit evoziert (*Elaboration Likelihood Model of Persuasion* nach Cacioppo und Petty 1984), wie es zum Beispiel in der Werbebranche üblich ist. Das Faktische wird dabei nicht nur infrage gestellt. Sachliche Argumente werden durch gezielt eingesetzte und ausgestaltete Sprechakte (Appell, Motivierung, Beruhigung und so weiter) vorgetragen. Hierin sieht Caspar Hirschi (2018; 2020) ein grundlegendes Problem: Das Faktische, oftmals durch Experten und Expertinnen vorgetragen, stehe mittlerweile in richtungsbeeinflussender Konkurrenz zum Appellativen, Mittel der Populisten und Populistinnen. Hirschi spitzt dieses rhetorische Problem auf einen erklärungsbedürftigen „politischen Antagonismus“ zu: Wissenschaftliche Expertinnen und Experten würden für politischen Zwecke instrumentalisiert, sogar verschiedentlich gegen die Bevölkerung. Ihre Beratungsfunktion rücke damit in den Hintergrund. Das führe unter anderem dazu, dass sie als erweiterter Arm des Establishments angegriffen würden. Auch dadurch würden kontroverse Probleme einer demokratischen Diskussion entzogen. Nicht nur aus sprechwissenschaftlicher Sicht sei das eine fatale Entwicklung.

GESPRÄCHSKOMPETENZ ALS SCHLÜSSELQUALIFIKATION

Die nach Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (2019) in den offenen Diskursräumen der derzeitigen „Empörungsdemokratie“ verschobenen Grenzen des sanktionsfrei Sagbaren, des öffentlich Akzeptablen und Konsensfähigen bei gleichzeitigem Fehlen sogenannter Gatekeeper verlangen nach einer frühzeitigen *rhetorischen Bildung*. Eine bewusste, verantwortliche und strukturierte Gesprächskultur muss durchaus erst ausgebildet werden (frühkindliche Bildung im Bereich Argumentation eingeschlossen). Deshalb ist nicht nur politische, sondern auch eine rhetorische Bildung unumgänglich, die eine Reflexion und Adaptation des eigenen Sprechens einschließt. Formate wie (professionell moderierte) Debattierclubs oder etwa der Erwerb eines

Rhetorikzertifikates stellen verschiedene Möglichkeiten dar, eigene Gesprächskompetenz, auch für den politischen Diskurs, zu erwerben. Gesprächskompetenz als wesentliche Schlüsselqualifikation beispielsweise für den Lehrberuf zu begreifen, stellt ein für Bildungspolitikerinnen und -politiker wichtiges Argument bei der Entscheidung zum weiteren Ausbau von rhetorischen Kursen in der Lehramtsausbildung dar. Denn Lehrerinnen und Lehrer leisten einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung mündiger Bürgerinnen und Bürger und schaffen bei den Schülerinnen und Schülern die Voraussetzungen für einen verantwortungsvollen, reflektierten und wertschätzenden politischen Dialog.

KOMMUNIKATION IST „GEMEINSCHAFTSHANDLUNG“

Eine weitere Frage ist, ob man grundsätzlich eine gewisse „Grobheit“ und „Verletzungen“ im politischen Diskurs und den Vorwurf fehlender „Robustheit“ akzeptieren muss. Nein, das muss man nicht, zumindest nicht immer. Man muss sie als inakzeptabel und störend benennen und eine andere Stilistik einfordern, damit das Gespräch überhaupt aufrechterhalten werden kann. Man kann also die Verantwortung für das Gelingen des Gespräches an den „grogen“ oder „verletzenden“ Gesprächspartner zurück- beziehungsweise übergeben. Denn durch unwidersprochene Hinnahme solcher „Entgleisungen“ wird das Gegenüber in seiner rhetorischen Art und Weise bestärkt.

Eine gemeinsame Sprache setzt zunächst den Willen voraus, etwas gemeinsam bewegen und bewältigen zu wollen, und in diesem Sinne auch den Willen, etwas zur gemeinsamen Sache, zu einem gemeinsamen Ziel zu erklären, damit natürlich auch ein geteiltes Problemverständnis und so weiter. Hierin liegt die Kernbedeutung von Kommunikation in der sprechwissenschaftlichen Theorie: Kommunikation ist „Gemeinschaftshandlung“ beziehungsweise gemeinschaftliche Verständigungshandlung und bezeichnet den reziproken Verständigungsprozess, in dem etwas zur gemeinsamen Sache beziehungsweise etwas gemeinsam gemacht wird (vgl. Geißner 2000). Wenn das nicht möglich ist, wenn sogar aktive Kommunikationsverweigerung stattfindet, müssen Erklärungs- und Interventionsmodelle bemüht werden.

Andreas Petrik et al. (2018) haben in verschiedenen schulischen Bildungssettings diesbezüglich übrigens nur einem von insgesamt vier rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Argumentationstypen, nämlich dem der „gefestigten Nationalisten“, eine Unerreichbarkeit für Argumente und politische Bildung attestiert. Die Angehörigen dieser Gruppe zählen somit vermutlich zu den beratungsresistenten Menschen. Hier liegt eine Verweigerung vor, gemeinschaftlich Verständigung zu verhandeln und zu erreichen. Echte Veränderungen treten bei dieser Gruppe „nur im Rahmen tiefgreifender biografischer Krisen ein“ (ebenda). Alle anderen Argumentationstypen,

nämlich *erstens* tabubrechende Provokateure, *zweitens* reflexive Ausländer-skeptiker und *drittens* frustrierte Wohlstands-Chauvinisten, die „wild und böse reagieren, wenn man sie mit Argumenten konfrontiert“ (Petrik 2018), sind argumentativ erreichbar beziehungsweise mehr oder weniger offen.

In der sprechwissenschaftlich geprägten Lesart geht es in der politischen Kommunikation grundlegend darum, Gemeinsamkeit zu suchen und herzustellen, damit politisch verantwortliches Handeln möglich werden kann. Miteinandersprechen ist das zentrale Mittel, um sich über grundlegende Fragen des Zusammenlebens in der Gesellschaft zu verständigen – und das durchaus kontrovers. Zu einem Gespräch gehört beides: der Wille aller Beteiligten zum Miteinandersprechen und der zum Zuhören (KFW 2019). Das „Miteinander“ im Kommunikationskonzept des Miteinandersprechens und der damit grundlegend implizierten Dialogizität bedeutet zunächst eine grundlegende *Abkehr von unidirektionalen Steuerungsperspektiven* (von Perspektiven auf den Orator als den rhetorisch handelnden Einzelmenschen, der andere einseitig – also ohne deren Mitbeteiligung – in seinem Sinne lenken und „überreden“ kann), die wohl bis heute zuweilen mit dem Gegenstandsbereich der Rhetorik verbunden werden. Nach diesem Verständnis sind auch monologische Formate wie die Rede grundlegend auf Dialogizität hin konzipiert beziehungsweise „virtuell“, das heißt latent dialogisch.

ZUM ZUHÖREN VERPFLICHTET

Dies setzt das Gewährwerden der „anderen“ Perspektive(n) als Gelingensbedingung für jede Form und jedes Feld von Kommunikation voraus. Das Wahr- und Ernstnehmen der anderen Perspektive, der anderen Meinung und Intention bildet in diesem Konzept die Grundlage gelingender Kommunikation. Um gemeinsam handeln und darüber hinaus auch Zukunft und Gesellschaft gestalten zu können, muss die gemeinsame Sache, das gemeinsame Anliegen gehört, erkannt und ernst genommen werden. Miteinandersprechen aus systemischer Perspektive bedeutet, alle Stimmen und Perspektiven, sowohl gemäßigte als auch polarisierende, urteilsfrei wahr- und ernst zu nehmen. Darin liegt die große Chance, das eigene Versagen (den eigenen Anteil im System) zu erkennen. Dieses „Miteinander“ verpflichtet dabei alle Gesprächspartner zum *Zuhören*, verpflichtet dazu, allen Stimmen und Meinungen Aufmerksamkeit und Respekt zu schenken, um Resonanz zu erzeugen, zumindest jenen, die auf dem Fundament des Grundgesetzes agieren. Und es verlangt die Fähigkeit zum Perspektivwechsel, zum Sich-Einfühlen und Sich-Eindenken in die Vorstellungswelt des jeweils anderen. Letztendlich endet jedoch auch Kommunikation genau dort, wo Gewalt beginnt. An dieser Stelle muss die Legislative beziehungsweise die Judikative die Kommunikation übernehmen.

Um ins Gespräch zu kommen, um das Miteinander in den Fokus zu setzen, ist eine kommunikative Grundhaltung gefragt, die sich eben nicht durch „lautes Brüllen“ extremer Positionen Gehör zu verschaffen sucht, sondern bei der eine Haltung konsequent auf die Gesprächspartner hin orientiert ist und dabei zugleich das eigene Sprechhandeln kritisch reflektiert. Die Analyse der eigenen (Fehl-)Leistung, der eigenen Gesprächs(un)fähigkeit und kommunikativen (In-)Kompetenz sowie des eigenen Anteils am Gelingen und Scheitern von Kommunikation ist dabei der Archimedische Punkt, an dem die Optimierung der Sprechkommunikation ansetzt. Die aktuellen politischen Zustände – auch im Hinblick auf das Debakel in Thüringen – bieten das große Potenzial der selbstkritischen Fehleranalyse.

Literatur

- Detering, Heinrich: Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rede, Reclams Universal-Bibliothek Nr. 19619, Philipp Reclam jun. Verlag, Stuttgart 2019.
- Pörksen, Bernhard: „Die neue Aufklärung. Über das Ende des Belehrens“, in: Entgleist? Wandel der Sprach- und Debattenkultur, Die Politische Meinung, 64. Jg., Nr. 557, Juli/August 2019, S. 30–33.
- Lobin, Henning: „Medienrevolution und Sprache. Über ‚Sprachverrohung‘ und die Auswirkungen von Digitalisierung“, in: Entgleist? Wandel der Sprach- und Debattenkultur, Die Politische Meinung, 64. Jg., Nr. 557, Juli/August 2019, S. 34–40.
- Geißner, Hellmut K.: Kommunikationspädagogik. Transformationen der „Sprech“-Erziehung, Roehrig-Universitätsverlag, St. Ingbert 2000.
- Cacioppo, John T./ Petty, Richard E.: „The Elaboration Likelihood Model of Persuasion“, in: Advances in Consumer Research, 11. Jg., 1984, S. 673–675.
- Hirschi, Caspar: Skandalexperthen, Expertenskandale. Zur Geschichte eines Gegenwartsproblems, Matthes & Seitz, Berlin 2018.
- Ders.: Experten und Populisten: Zur Geschichte eines politischen Antagonismus. Wissenschaftshistorische Seminare im Leopoldina-Zentrum für Wissenschaftsforschung (ZfW) Halle (Saale), Vortrag am 03.03.2020.
- Petrik, Andreas: Die Neue Rechte als Herausforderung an die politische Bildung. Vortrag beim Fachtag „Die neue Rechte – Die autoritäre Revolte?“ der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 11.10.2018, siehe www.youtube.com/watch?v=J9KspEd3q8o [letzter Zugriff: 16.03.2020].
- Petrik, Andreas / Köhler, Anke / Hentschel, Jannis: Lernort Schule: Die „Dorfgründung“ als demokratischer Prozess. Ergebnisse eines Simulationsspiels im Unterricht. Forschungsbericht des Projekts Demokratietransfer, Bd. 2, Universitätsverlag, Halle 2018.
- Kleine Fächer-Wochen Sprechwissenschaft, KfW 2019, kfw.sprechwiss.uni-halle.de/politischer-diskurs-wie-wir-heute-miteinander-reden-werden-wir-morgen-miteinander-leben/ [letzter Zugriff: 16.04.2020].